Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 240. Donnerstag, 14. Oktober 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das tschechische Experiment.

Prag bietet dieser Tage Europa eine politische Sensation. Das Kabinett Cerny, eine ausgesprochene Beamtenregierung, war zurückgetreten. Der Abgeordnete Svenla hat nun die neue Regierung gebildet. Und in diesem Kabinett ist zum ersten Male seit Bestehen der tschechoslowakischen Republik das Deutschtum durch zwei Minister vertreten. Es wäre verfehlt, diese erstaunliche Tatsache jetzt schon als eine Wendung der inneren Politik der Tschechoslowakei zu bezeichnen. Denn den zwei deutschen Ministern und dem slowakischen Vertreter in der Regierung stehen 11 tschechische Minister gegenüber, was besagt, daß der deutsche Einfluß in diesem Kabinett doch immerhin nicht stark ist. Trotzdem wird man die neue Regierungsliste als recht bemerkenswert ansehen müssen, denn sie läßt erkennen, daß es der tschechoslowakischen Republik jetzt darum zu tun ist, die schätzenswerte Kraft des Deutschtums im Lande nicht mehr brachliegen zu lassen, sondern sie heranzuziehen und einzusetzen in die gemeinsame Arbeit zum Besten des Gesamtstaates.

Bis vor kurzem verfolgte der offizielle Kurs der Regierung eine Tendenz, die lediglich darauf hinzielte, die nationalen Minderheiten des Landes zu unterjochen, ihre Kultur zu negieren, ihren nationalen Zusammenhang zu zerreißen. Die Hauptwucht dieser Tendenz richtete sich in der Hauptsache gegen das deutsche Element, das mit nahezu 4 Millionen Einwohnern als der gefahrdrohendste Fremdkörper im tschechischen Staate angesehen wurde. Die Währungssanierung der tschechischen Regierung diente neben dem Zweck, die Finanzen zu ordnen, auch der Absicht, die deutsche Industrie zu schädigen. In der Erkenntnis, daß die Kriegsanleihe zumeist nur von Deutschen gezeichnet worden war, wollte die Regierung sie zunächst überhaupt nicht anerkennen. Als sich die Anerkennung jedoch nicht vermeiden ließ, erfolgte sie in einer Form, die dem Eigentum der deutschen Einwohner schwer Abbruch tat. Das Problem der Bodenreform wurde so geregelt, daß die Durchführung des Gesetzes in der tschechischen Regierung ermöglichte, eine riesenhafte Ansiedlung tschechischer Bauern auf dem ehemals von Deutschen bewohnten Boden in die Wege zu leiten. Was in der Frage des Schulwesens dem Deutschtum im Lande angetan wurde, hat man erfahren. Nahezu 2000 deutsche Schulen hat man geschlossen, während man die tschechischen Schulen vermehrte. So ließ die innere Politik, die die tschechische Regierung in den letzten Jahren betrieb, mit erschreckender Kraßheit erkennen, welches Ziel erreicht werden sollte: Die Entnationalisierung der deutschen Minderheiten, ihre Versklavung unter das Joch tschechischer Willkür, letzten Endes die restlose Beseitigung der Rechte, die den nationalen Minderheiten auf Grund des Völkerrechtes gegeben sind.

Die Bedeutung der neuen Regierungsbildung in der Tschechoslowakei ist darin zu suchen, daß sie deutlicher als Worte es vermögen, das Fehlschlagen der früheren Vergewaltigungspolitik dokumentiert. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß nicht so sehr ein Empfinden für die durch die Völkermoral gewährleisteten Rechte der Minderheiten die Wandlung herbeiführte, als mehr die Erkenntnis, daß ohne die Mitarbeit der Minderheiten ein gedeihliches Wirken zum Besten des Staates nicht möglich ist. Diese Probe aufs Exempel, die die tschechische Republik in den letzten Tagen Europa bietet, springt aus dem Rahmen eines Einzelfalles heraus. Sie ist der treffendste Beweis, daß ein Nationalitätenstaat nur durch die aktive Mitarbeit aller der im Staate vertretenen Nationalitäten regiert werden kann. Sie ist die Gewißheit, daß ein solcher Nationalitätenstaat, der seine Geschicke lediglich nach den Interessen der jeweils stärksten Nationalität dieses Staates leitet, nach kürzerer oder längerer Zeit unrettbar in eine Sackgasse gerät. Deshalb dürfte die Lehre, die die tschechoslowakische Republik jetzt der Welt gibt, besonders in den Staaten erhebliches Aufsehen erregen, in denen nationale Minderheiten ein mehr oder weniger starkes Gewicht abgeben. Man wird hierbei auf Polen hinweisen müssen, wo dem polnischen Element ein ungefähr gleichstarkes Element fremder Nationalitäten gegenübersteht. Auch Frankreich, das durch die Einbeziehung Elsaß-Lothringens in seinen Landbesitz eine starke Minderheit fremder Nationalität erhalten hat, wird aufmerken müssen. Ob jedoch das tschechische Beispiel Nachahmung finden wird, bleibt abzuwarten.

Was die Wirkung der Regierungsbildung Prags auf die inneren Verhältnisse der Tschechoslowakei anbetrifft, so wird man anzunehmen haben, daß das Deutschtum des Landes für seine Bereiterklärung, an den Geschicken des Landes mitzuarbeiten, eine Rechnung präsentieren wird, die, obgleich sehr hoch dotiert, beglichen werden muß. Prag kann sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß nach einer solchen Regelung der letzten Regierungskrise die alte Politik gegen die Minderheiten aufzuhören hat. Mit dem Aufhören des alten Kurs allein wird es nicht getan sein. Es gilt auch das wieder gutzumachen, was vorher gesündigt wurde. Wir sind überzeugt, daß das Deutschtum in der tschechischen Republik sehr energisch auf die restlose Erfüllung seiner Forderungen dringen wird. Wie wir gleichfalls überzeugt sind, daß bei einer Nichtberücksichtigung der lebenswichtigsten Wünsche des Sudetendeutschtums die deutschen Einwohner Tschechiens auf eine Mitarbeit Verzicht leisten werden, die ihnen keinen Vorteil und Nutzen bringt.

Seeckts Abschied.

)(**Berlin.** Die letzte Ausgabe des „Heeresverordnungsblattes" enthält nachstehenden **Tagesbefehl des Generalobersten Seeckt:**

An das Reichsheer! Der Armee, die mit mir geworden und gewachsen, sage ich heute herzliches Lebewohl! Aus der alten Armee hervorgegangen, mit ihr in schönen Friedens-, in ehrenvollen Kriegsjahren fest verwachsen, habe ich nichts besseres tun können, als zu streben, ihre Tugenden der jungen Armee zu übermitteln. Ob mir das gelungen ist, das sollt Ihr, meine Kameraden beweisen. Haltet die deutsche Soldatenehre hoch, die in der Pflichterfüllung liegt: Jeder an seiner Stelle, stündlich, täglich, im Leben und im Tod! Ueber Gräber, Vorwärts!

Rückkehr der Wirtschaftler aus England.

Das schleppende Geschäft mit Rußland.

* **Berlin**, 13. Oktober. Die deutsche Delegation für die deutsch-englischen Wirtschaftsverhandlungen in Romsey hat nicht geschlossen die Rückreise angetreten. Einzelne der Wirtschaftsführer sind noch zu anderweitigen Beratungen nach Paris gefahren, andere, wie beispielsweise Direktor Wassermann, sind noch in England geblieben, um anderweitige Besprechungen zu führen. Dagegen werden die Abgesandten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie heute noch in Berlin eintreffen. Am Donnerstag vormittag wird das Präsidium des Reichsverbandes zu einer Sitzung zusammentreten, um den Bericht seiner Delegierten über die Konferenz entgegenzunehmen. Hierbei wird Geheimrat Kastl das Referat halten. Auf der Tagesordnung der gleichen Präsidialsitzung steht außerdem noch ein Referat:

„Auswirkung der Dresdner Tagung".

Man will in diesem Zusammenhange noch einmal ausführlich über die politischen Ausführungen Dr. Silverbergs sprechen, und zwar aus dem Grunde, weil seine einseitige Stellungnahme für die Sozialdemokratie bei sehr vielen Mitgliedern des Reichsverbandes der Deutschen Industrie überaus verstimmt hat. Man nimmt auch an, daß Dr. Silverberg selber zu diesem Punkt nochmals das Wort ergreifen wird.

Geheimrat Kastl erklärte noch in London deutschen Pressevertretern, daß man sich in Romsey vor allen mit den europäischen Zollverhältnissen und der Frage der gegenseitigen Preisunterbietungen auf dem Weltmarkt beschäftigt habe. Eine Verständigung auf diesem Gebiete sei nötig, um in Deutschland sowie in England die Produktion zu stärken und die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Er, Kastl, bestritt entschieden, daß sich die neuen Zusammenschlußbestrebungen gegen Amerika oder gegen Frankreich richteten. Was

das Verhältnis mit Rußland

betreffe, so sei zu sagen, daß die deutsche Delegation mit Ausnahme von ihm selbst keine sachverständigen Persönlichkeiten für die Ostmärkte aufwies. Schon aus dieser Tatsache ergebe sich, daß das in der englischen Presse geschilderte Frage- und Antwortspiel über Rußland reine Phantasie sei. Praktisch lägen die Dinge in bezug auf Rußland so, daß vom ersten Teil des von der Reichsregierung garantierten 300-Millionenkredits in der Höhe von 120 Millionen Mark, dessen Laufzeit bis zum 31. Dezember d. J. geht, erst etwa siebzig Millionen Mark verbraucht wurden, sodaß ein sehr ansehnlicher Rest während der noch verbleibenden Zeit bis zum Jahresschluß übrig ist. Der zweite Teil von 90 bis 100 Millionen Mark, der von einem ausländischen Bankenkonsortium unter Teilnahme zweier deutscher Bankinstitute gestellt wird, ist nach dem Tempo der Ausnutzung des ersten Teiles mehr als zureichend. Eine Vermehrung der Kredite kommt daher nach der Auffassung Geheimrat Kastls nicht in Frage.

Reichsminister Dr. Bell in Wiesbaden.

)(**Wiesbaden**, 13. Oktbr. Der Reichsminister der besetzten Gebiete Dr. Bell hatte eingehende Besprechungen mit Vertretern der Behörden, Berufsstände und politischen Parteien. Dabei wurde vor allem auf die überaus schwierige Wirtschaftslage der besetzten Gebiete hingewiesen. Der Minister versicherte, daß die Reichsregierung im Rahmen des Möglichen für einen angemessenen Ausgleich Sorge tragen werde, und richtete einen Appell an die Industrie und Wirtschaft des besetzten Gebietes, die ebenso wie Reich und Länder bei der Hebung der wirtschaftlichen Lage und bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit des besetzten Gebietes mithelfen müssen. Von Wiesbaden begab sich der Minister nach Kreuznach.

Rückgang der Typhusepidemie in Hannover.

* **Hannover.** Da die Zahl der Zugänge an Kranken in den Krankenhäusern sehr nachgelassen hat und täglich zahlreiche Entlassungen erfolgen, wird von jetzt an amtlicherseits davon abgesehen werden, die Zahlen täglich bekannt zu geben.

Stimmungsbild aus dem Preußischen Landtag.

Die Justizvorgänge in Magdeburg.

vdz. **Berlin.** In einer recht ruhigen Sitzung wurde gestern die Aussprache über die Magdeburger Justizvorgänge weitergeführt. Der Sozialdemokrat Brückner polemisierte dagegen, daß man in Magdeburg gewissermaßen einen Fall Hörsing-Haß konstruiert habe und anscheinend nach dem Wort handeln wolle: Recht oder Unrecht, — der Jude wird verbrannt! Er begründete außerdem Anträge seiner Fraktion auf Oeffentlichkeit der Disziplinarverfahren. Das Zentrum hatte schon früher erklären lassen, daß es über diesen Antrag mit sich reden lassen würde; die Demokraten schlossen sich heute durch den Mund ihres Führers Falk diesem Standpunkt an. Sie verlangten ebenso wie die Deutsche Volkspartei durch den Abg. Eichhoff eine restlose Aufklärung der Magdeburger Vorfälle und ihre Ahndung ohne Ansehen der Person. Beide wandten sich auch gegen die Verallgemeinerung der Vorwürfe auf die gesamte deutsche Richterschaft. Falk erklärte: „Die Richterschaft, die sich in Kassel zur Republik bekannte, verdient kein höhnisches Mißtrauen".

Staatssekretär Fritze hob für das Justizministerium nochmals hervor, daß **der ernste Wille vorhanden sei, eine volle Klarstellung der Magdeburger Vorgänge herbeizuführen.** Irgend welche Verfehlungen zu decken, sei nicht die Absicht der Justizverwaltung.

Mit seiner Forderung nach öffentlicher Gestaltung des Verfahrens der Voruntersuchung blieb der kommunistische Redner, Rechtsanwalt Obuch, allein.

Die Debatte soll heute Donnerstag fortgesetzt werden.

Große Sturmschäden

auf den Nordseeinseln und an der Festlandküste.

Berlin. (Funkspruch.) Aus Lübeck wird gemeldet: Die orkanartigen Stürme haben auf Norderney schwere Schäden angerichtet. Der beim Leuchtturm neuerbaute Deich ist gebrochen. In Wyk auf Föhr stürzte die südliche Strandmauer in einer Länge von etwa 200 Metern zusammen. Auch die anderen Nordseebäder haben sehr unter den Stürmen und Sturmfluten gelitten. Der auf den nord- und ostfriesischen Inseln angerichtete Schaden ist zur Zeit noch unübersehbar, zumal neue schwere Stürme wüten und die Verbindungen unterbrechen.

Stockung im Hamburger Schiffsverkehr.

Hamburg. (Funkspruch.) Der Sturm der letzten Tage hat im Hamburger Schiffsverkehr **schwere Stockungen** hervorgerufen. Bei Brunnsbüttel, Altenbruch, Cuxhaven und zwischen den Elbfeuerschiffen 2 und 3 liegen gegenwärtig rund 120 größere und kleinere Seeschiffe. Schiffe mit hoher Decklast können immer noch nicht ausfahren.

Sturmflut und Dammbau Sylt.

Altona. (Funkspruch.) Wie die Reichsbahndirektion mitteilt, hat die am 12. dieses Monats erneut einsetzende Sturmflut **weitere Schäden an den Böschungen des Sylter Dammbaues** verursacht. Die oberen Teile des Dammkernes sind an vielen Stellen abgetrieben worden.

Reichsverbandstag der Postbeamten.

vdz. **Berlin.** Der 15. Verbandstag des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten fand am Mittwoch damit seinen Abschluß, daß der bisherige Verbandsvorsitzende, **Postsekretär Kugler** und die übrigen Mitglieder des Vorstandes einstimmig **wiedergewählt** wurden.

In einem einstimmig angenommenen **Antrag** wandte sich der Verbandstag dagegen, daß bei der vom Ministerium **geplanten Landzustell-Verkraftung die Beamten durch andere Angestellte ersetzt werden sollen.**

Die Frage des **Beamtentums** wurde auch in zwei Vorträgen von Ministerialdirektor Dr. Falck und dem Berliner Kaufmann Grünfeld (Mitglied des Verwaltungsrats der Post) behandelt. Kaufmann Grünfeld erklärte, gerade aus wirtschaftlichen Gründen könne er die von manchen Wirtschaftskreisen erhobene Forderung der Privatisierung des Postbetriebsdienstes nicht mitmachen. An der zuverlässigen und pünktlichen Bestellung der Postsendungen sei die Wirtschaft in so hohem Maße interessiert, daß solche verantwortungsvolle Arbeiten nur von Beamten ausgeführt werden könnten, die im Hinblick auf ihre besondere Beamtenstellung in diesen Dingen zuverlässiger seien, als Lohnarbeiter.

Mit einem dreifachen Hoch auf den Reichsverband wurde die Tagung geschlossen.

Einberufung des Reichstages.

Berlin. (Funkspruch.) **Der Reichstag ist endgültig für Mittwoch, den 3. November einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen zunächst nur kleine Vorlagen. Der Präsident behält sich vor, weitere Punkte auf die Tagesordnung zu setzen.**

Der Bergarbeiterstreik in England.

)(**London.** Daily Herald meldet im Gegensatz zu den von anderer Seite vorliegenden Berichten, daß **infolge der Propaganda Cooks zahlreiche Bergleute,** die die Arbeit bereits wieder aufgenommen hatten, **gestern erneut in den Ausstand getreten sind.**

SLUB
Wir führen Wissen.